

# Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 14.10.1998 (Fortsetzung der öffentlichen Sitzung am 13.10.1998)

Sitzungsort:  
Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:  
17.00 Uhr - 18.55 Uhr

Anwesend waren:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **SPD**

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt  
Ratsherr Horst Jahnke  
Ratsherr Ihno Slieter  
Ratsherr Johann Südhoff  
Ratsherr Richard Janssen  
Beigeordneter Wilhelm Leeker

(ab 17.20 Uhr) f. Beig. Hans-Dieter Haase

für Ratsherrn Karl-Gerhard Pauels

### **CDU**

Beigeordneter Heinz Werner Janßen  
Ratsherr Hinrich Odinga

für Ratsherrn Benedikt Rosenboom

### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ratsherr Hermann Züchner - Vorsitzender -

## **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

### **F.D.P.** (Grundmandat)

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

### **von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Ludwig Hemken  
Stadtrat Ewald Fürst  
Städt. Oberamtsrat Heinz Potthast  
Stadtamtsrat Dieter Denkmann  
Stadtamtsrat Heinz Steenhardt  
Städt. Oberamtsrat Dieter Mansholt  
Stadtoberinspektorin Beate Stomberg  
Stadtangestellter Hinrich Peters - als Protokollführer -

### **1 Zuhörer**

### **2 Vertreter der örtlichen Presse**

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

**Herr Züchner** übernimmt den Vorsitz, da Herr Rosenboom sich für sein Fehlen entschuldigt hat. Er eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

**Herr Züchner** fragt an, ob jemand Einwendungen habe, daß die Protokollgenehmigung aus der nichtöffentlichen Sitzung vorgezogen wird, oder ob Einwendungen gegen das Protokoll erhoben werden.

Gegen das Vorziehen und gegen das Protokoll werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 1 über die nichtöffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 11.03. und 16.03.1998

Beschluß: Die Niederschrift Nr. 1 über die nichtöffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 11.03. und 16.03.1998 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig.

Punkt 4: Vorlage 13/662  
Jahresrechnung und Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 1997

Die Sitzung wird mit der Beratung der Seite 16 des Berichtes fortgesetzt.

**Herr Janssen** möchte wissen, was es mit den Beanstandungen der Kassenanordnungen auf sich habe.

**Herr Mansholt** erklärt kurz den Arbeitsablauf in der Stadtkasse und das Procedere, welches zur Auszahlung einer Anordnung führt. Besonders erläutert er, daß durch das Beifügen der Originalrechnung die Möglichkeit einer Doppelzahlung verhindert werden soll.

**Herr Janssen** bekräftigt, daß Skontofristen eingehalten werden müßten.

Dieses wird auch von **Herrn Hemken** gefordert. Er will die Kritik nochmals zum Anlaß nehmen und die Ämter per Rundschreiben zur Einhaltung der Skontofristen ermahnen.

**Herr Leeker** fragt im Zusammenhang mit der Seite 18 des Berichtes, ob inzwischen alle Stellenbeschreibungen erstellt wurden.

**Herr Denkmann** berichtet, daß inzwischen die Stellenbeschreibungen weitestgehend vorhanden seien.

Die Nachfrage von **Herrn Janssen** nach der Zahl der fehlenden Beschreibungen vermag er nicht zu nennen und sagt die Beantwortung über das Protokoll zu.  
Das Personalamt teilt folgendes mit:

Ausgehend von den Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Gruppen sind

- bei 149 Beamtinnen und Beamten 4 Dienstposten,
- bei 456 Angestellten ca. 25 Arbeitsplätze und
- bei 308 Lohnempfängern ca. 10 % der Arbeitsplätze

z. Zt. nicht beschrieben.

Aufgabenverlagerungen, die im Zuge der Umsetzung des Neuen Steuerungsmodells erfolgt sind, sind noch nicht berücksichtigt.

**Herr Leeker** gibt zu bedenken, daß derartige Fragen früher im Personalausschuß beredet wurden. Diesen Ausschuß gebe es nun ja nicht mehr.

**Herr Janssen** erkundigt sich, ob die 50 - 60 Fälle auf Gehaltserhöhung durchs Personalamt inzwischen erledigt wurden.

**Herr Denkmann** führt aus, daß 35 Fälle abgearbeitet wurden, 5 Fälle seien in Bearbeitung und für die restlichen Fälle fehlen noch die Stellenbeschreibungen.

Zu Seite 20 möchte **Herr Janssen** wissen, ob ein Softwareprogramm für die Stellenpläne zwischenzeitlich angeschafft wurde.

**Herr Denkmann** entgegnet, daß Angebote vorliegen würden, die Entscheidung kurzfristig erfolgen wird und mit dem Programm ab 01.01.1999 gearbeitet werden solle.

**Herr Dr. Beisser** erkundigt sich nach dem auf Seite 23 erwähnten "GIS"-Programm. Er möchte wissen, ob sich die Investition hierfür rentiert oder das Programm nur als "Spielzeug" anzusehen sei.

**Herr Steenhardt** erklärt, daß es sich bei diesem Programm nicht um ein Spielzeug handle, das Programm sich jedoch zur Zeit in seiner Einführungsphase und im Aufbau befinde.

**Herr Dr. Beisser** hätte dann gerne beim nächsten Mal etwas über den Nutzen des Programms erfahren.

**Herr Janssen** möchte wissen, wie das RPA zu diesem Programm stehe.

**Herr Mansholt** erklärt, daß man bei jeder Investition, und hier betrage sie mehrere 100 TDM, die Sinnhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit vorher prüfen müsse. Hier ist aus vielen Einzelbeträgen eine erhebliche Investition entstanden, deren Wirtschaftlichkeit derzeit von der Verwaltung nicht nachgewiesen werden kann.

**Herr Janssen** erkundigt sich, ob das RPA bei solchen Entscheidungen mit eingeschaltet wird.

**Herr Mansholt** bestätigt, daß grundsätzlich wohl das RPA einbezogen wird. Hier würde es sich aber oft um eine Vielzahl von kleinen Aufträgen handeln, welche dann zusammen aber einen großen Betrag ergäben, ohne daß dies im Einzelfall immer sofort ersichtlich sei.

**Herr Janssen** fragt, ob hier Wertgrenzen für Vergaben bewußt unterlaufen würden.

**Herr Mansholt** verneint dies, da die einzelnen Rechnungen niedrig seien. Die Möglichkeit des Unterlaufens mag er aber nicht 100%ig ausschließen.

**Herr Hemken** bekräftigt, daß der Einsatz des "GIS"-Programms gerade im Tiefbau- und Liegenschaftsamt sinnvoll und hilfreich sei. Der Erfolg sei jedoch - ähnlich wie bei der ADV - nicht gleich quantifizierbar und mit festen Zahlen zu messen.

Herr Jahnke nimmt ab 17.20 Uhr an der Sitzung teil.

**Herr Janssen** möchte etwas über die auf Seite 25 angesprochenen Service-Leistungen des Hauptamtes wissen.

**Herr Mansholt** berichtet, daß hier Leistungen ausgegliedert wurden, welche nicht zu den originären Hauptamtsleistungen zählen. Durch die Kostenrechnung sollen künftig die vielen Verflechtungen und Dienstleistungen dargestellt werden und auch die Kosten ermittelbar werden, welche dann ggfls. zu berechnen wären.

**Herr Leeker** meint, daß dies aber nicht nur eine Beschäftigungstherapie sein dürfe.

**Herr Mansholt** ist der Meinung, daß man selbstverständlich den Aufwand im Auge behalten müsse, jedoch seien die Aufwendungen der Kämmerei für die Kostenrechnung prozentual sehr niedrig.

Zu Seite 27 möchte **Herr Janssen** wissen, wie es mit dem Benutzerzwang für die Hausdruckerei geregelt sei.

**Herr Hemken** erklärt dazu, daß verschiedene Service-Bereiche ausgegliedert wurden, darunter auch die Hausdruckerei, welche sich jetzt messen lassen müssen und im Wettbewerb ständen. Dieser Wettbewerb sei ernst zu nehmen und das Handeln sollte demgemäß sein. So arbeite das Personalamt mit dem HSK zusammen, solches Zusammenarbeiten sei jedoch nur dann sinnvoll, wenn dies kostengünstiger sei.

**Herr Fürst** gibt zwei Punkte hierzu zu bedenken. Mit einer Übergangsregelung seien auch die personalrechtlichen Aspekte zu berücksichtigen, zum anderen müßte auch geprüft werden, ob eine Vergabe überhaupt möglich sei, so müßten Protokolle u.ä. stets im Hause gedruckt werden.

**Herr Odinga** fragt an, ob es durch das neue eingeführte Postfachsystem zu Einsparungen gekommen sei.

**Herr Potthast** berichtet, daß eine Orga-Prüfung Grundlage des Handelns gewesen sei. Er erklärt kurz den Arbeitsablauf in der Poststelle. Es sei eingetroffen, was man geplant habe. Die Ratspost würde jedoch noch nicht regelmäßig abgeholt. Verbesserungen müßten noch beim Vorlagewesen greifen, da z.Zt. die Post größtenteils erst freitags hinterlegt wird.

**Herr Leeker** verwahrt sich dagegen, daß die Ratsherren als Briefträger für die Verwaltung tätig sein müßten. Es könne nicht angehen, daß der Aufwand von der Verwaltung auf die Ratsherren verlagert würde.

**Herr Jahnke** gibt zu bedenken, daß es auch noch Leute geben soll, welche freitags nachmittags arbeiten. Er regt an, in Erwägung zu ziehen, Ratspost über PC und Datenträger den Ratsherren zugänglich zu machen.

**Herr Potthast** fühlt sich mißverstanden. Es sei nicht die Absicht gewesen, daß Ratsherren zusätzlich zur Postabholung die Verwaltung aufsuchen, vielmehr solle er nur dann seine Post mitnehmen, wenn er ohnehin wegen einer Sitzung im Gebäude sei. Ferner würden z.Zt. Überlegungen angestellt, die Ratspost auf elektronischem Wege zu übermitteln. Zwischenzeitlich seien schon 2 Fraktionsräume entsprechend ausgestattet.

**Herr Dr. Beisser** erkundigt sich nach den ausgewiesenen Personalkosten von 23,1 % des Personalamtes für Tätigkeiten für's HSK. Bei der Jahresrechnung des Krankenhauses sei eine entsprechende Belastung nicht ausgewiesen.

**Herr Mansholt** erklärt, daß sich die Kosten in Höhe 289 TDM aus der Kostenrechnung ergeben würden. Er weist auf die Einnahmen des Personalamtes hin, welche in der Aufstellung auf Seite 29 aufgelistet seien. Er gibt zu bedenken, daß eine Kostenrechnung tatsächlich nur dann Sinn mache, wenn diese auch eingefordert würden und daraus die Konsequenzen gezogen würden.

**Herr Hemken** bestätigt dies. Er berichtet, daß gerade in diesem Falle der Vergleich mit einem Privatangebot gezogen wurde, wodurch dann sich die Anschaffung eines neuen Programms als lohnend gezeigt habe.

**Herr Jahnke** spricht die Überarbeitung der Personalakten auf Seite 31 an. Er erkundigt sich nach der RPA-Meinung in dieser Angelegenheit.

**Herr Mansholt** führt aus, daß eine Überprüfung der Altakten entsprechend der Landesregelung durchzuführen sei. Diese Aufarbeitung sei jedoch mit eigenen Kräften nicht möglich, sie müsse als AB-Maßnahme fortgesetzt werden.

**Herr Leeker** bezeichnet die Aussagen zur Korruptionsvorbeugung auf Seite 32 als "wolzig" und meint, daß eine Rotation der Sachbearbeiter in dieser Verwaltung kaum möglich sei.

**Herr Mansholt** entgegnet, daß hier kein konkreter Fall angesprochen wurde, vielmehr sollte das Problembewußtsein geschärft werden; gleichwohl seien auch in dieser Verwaltung Detailverbesserungen möglich.

Für **Herrn Leeker** stellt sich die Frage, ob die auf Seite 35 ausgewiesene Hundesteuer in Höhe von 300 TDM als realistisch im Vergleich zum Steueraufkommen anderer Kommunen erweisen. Er halte eine Überprüfung in Emden für angebracht.

**Herr Mansholt** verweist hierzu auf die Seite 81 des Berichts. Er hält die Stellungnahme des Steueramtes hierzu für unglücklich. Eine Überprüfung müsse in Emden, wie es auch in Meppen durchgeführt wurde, möglich sein.

**Herr Leeker** erwähnt noch die Einnahmen aus der Vergnügungssteuer in Höhe von 1,1 Mio. DM.  
Er fragt, warum das Steueramt jährlich Bescheide über die Grundsteuer verschickt.

**Herr Hemken** meint, daß die Vergnügungssteuer nur eine fiskalische Bedeutung habe. Das Aufkommen hieraus steige trotz der Steuerhöhe weiter an. Eine "Erdrosselung" sei bisher nicht aufgetreten.

**Herr Steenhardt** gibt zu bedenken, daß Bescheide ohnehin jährlich wegen der unterschiedlichen Kanalbeiträge zu versenden sind.

Diese Aussage wird von **Herrn Hemken** unterstützt, ferner hält er wegen der Klarheit eine jährliche Erstellung für sinnvoll.

**Herr Dr. Beisser** möchte wissen, ob sich die auf Seite 35 - 36 angegebenen 10 Wohnungen, welche im Durchschnitt jährlich modernisiert würden, auf die rd. 150 Grundstücke beziehen, welche von der Gewoba verwaltet werden.

**Herr Mansholt** erwidert, daß es sich um die rd. 150 Gewoba-Grundstücke handelt, und daß die Zahl der jeweils zu renovierenden Wohnungen sehr niedrig sei.

**Herr Hemken** stellt heraus, daß alles was verkaufbar ist auch verkauft wird. Das Liegenschaftsamt biete immer wieder die Wohnungen zum Kauf an. Vom Erlös würde dann wieder Gelände für neue Wohnbebauung erworben.

**Herr Leeker** fragt nach den Vertragszuständen für die Bürgerhäuser, welche auf Seite 36 angesprochen wurden.

**Herr Mansholt** berichtet, daß es hier Abrechnungsprobleme gegeben habe. Die Formulierung für Wybelsum sei unglücklich, inzwischen seien die Probleme jedoch abgearbeitet.

**Herr Leeker** macht Anmerkungen zu Trauungen auf dem Feuerschiff im "maritimer Atmosphäre" (Seite 37).

Er erkundigt sich, ob die Brandschutzprüferstelle inzwischen wieder besetzt wurde und möchte wissen., ob die angegebenen 15 Kräfte zur Überwachung des ruhenden Verkehrs richtig sind.

**Herr Mansholt** erklärt, daß die Brandschutzprüferstelle zwischenzeitlich besetzt sei und daß die Abteilung Ordnungswidrigkeiten und Schadensangelegenheiten vom Rechtsamt zur OWig-Abteilung verlagert wurde.

**Herr Leeker** möchte wissen, warum die Einnahmen in diesem Bereich rückläufig sind.

**Herr Mansholt** führt aus, daß hier nicht nur Gelder aus Verkehrsdelikten sondern auch andere Bußgelder vereinnahmt werden. Herr Mansholt regt einen Betrieb "ruhender Verkehr" an. Dann sei auch eine genauere, differenziertere Datenbasis gegeben.

**Herr Leeker** erkundigt sich, ob auch das städtische Geschwindigkeitsmeßgerät im Einsatz ist. Er bemängelt, daß beantragte Geschwindigkeitsreduzierungen zu lange Bearbeitungszeiten haben und empfiehlt zur Geschwindigkeitskontrolle "Starenkästen" aufzustellen.

**Herr Hemken** würde ebenfalls die Aufstellung dieser Kästen begrüßen.

**Herr Janssen** möchte wissen, wie es zu den auf Seite 42 aufgeführten Differenzen bei der Eingabe der Ordnungswidrigkeiten kommen konnte.

**Herr Mansholt** erklärt, daß die Politessen per elektronischer Geräte die Sollstellungen eingeben. Diese Eingaben hätten nicht mit den Zahlen der Kasse übereingestimmt. Die Ursache hierfür sei nicht bekannt, was sehr unbefriedigend sei; evtl. sei auf ein angekauftes Programm umzusteigen.

Die auf Seite 46 angeführte Rattenbekämpfung mit dem Ergebnis, daß die Stadt Emden befallsarm sei, wird von **Herrn Janssen** angezweifelt.

Hierzu führt **Herr Steenhardt** aus, daß das staatl. Landesamt jährlich eine Untersuchung vornimmt, ggfls. die Bekämpfung anordnet und den Befund feststellt.

**Herr Leeker** möchte wissen, was unter der notwendigen Biotoppflege beim freiwilligen Umweltschutz auf Seite 47 zu verstehen ist.

**Herr Mansholt** und **Herr Peters** bemerken hierzu, daß hiermit die Anfangspflege gemeint sei, damit das Biotop sich in die gewünschte Richtung entwickelt.

**Herr Leeker** erkundigt sich, was die Stadt zu tun gedenke um die Einnahmen und den Besuch des Landesmuseums zu steigern (Seite 52).

**Herr Fürst** berichtet, daß Herr Dr. Scheele dabei ist, eine Konzeption zu entwickeln.

**Herr Leeker** betont nochmals, daß hier ein Handlungsbedarf gegeben sei.

**Herr Janssen** hätte gerne Auskunft, wie es zu den Kürzungen der Finanzhilfen bei den Kindergärten wegen ungenügender Qualifizierung des Personals kommen konnte, und ob dieses zwischenzeitlich abgestellt wurde.

**Herr Fürst** sagt die Beantwortung über das Protokoll zu.

Das Jugendamt teilte dazu folgendes mit:

Ein Kindergartenträger hat in seinem Antrag auf Finanzhilfe für das Landesjugendamt das Personal nicht richtig dargestellt. Es wurde eine Kinderpflegerin anstelle einer Erzieherin als Erstkraft benannt, obwohl beide Kräfte in der Einrichtung beschäftigt waren. Das führte zunächst zu einer Kürzung der Finanzhilfe, ist jedoch später rückwirkend bereinigt worden, nachdem sich die Jugendförderung eingeschaltet hatte.

Es ist festzustellen, das ungenügend qualifiziertes Personal in den Kindergärten nicht beschäftigt wurde.

**Herr Leeker** möchte wissen, wie lange sich die Stadt Emden den niedrigen Haushaltsansatz bei der Bauunterhaltung noch leisten kann (Seite 70).

**Herr Mansholt** führt dazu aus, daß selbst die Unterhaltung der Außenhaut der Liegenschaften nicht mehr in jedem Falle gegeben ist. Das RPA ist der Meinung, daß eine kritische Einzelfallprüfung vorgenommen werden muß und evtl. Mehrausgaben unabwendbar sind.

**Herr Hemken** bekräftigt die Aussagen von Herrn Mansholt. Man wisse, daß die mangelhafte Bauunterhaltung in dieser Form nicht mehr vertretbar sei; deshalb betont er nochmals die Notwendigkeit eines besseren Finanzausgleichs, um genügend Unterhaltungsgelder aufwenden zu können.

**Herr Leeker** erklärt, daß es für seine Fraktion immer schwerer werde, daß jetzige Vorgehen zu rechtfertigen. Es müsse dringend etwas getan werden.

**Herr Dr. Beisser** erkundigt sich, ob die Presseberichterstattung richtig sei, daß die Stadt Emden 23,4 Mio. DM aus dem Finanzausgleich erhalte.

**Herr Hemken** macht darauf aufmerksam, daß diese Zahlen noch nicht offiziell seien, gleichzeitig würden sie überlagert von einem Minus von 2 Mio. DM aus den Zuschüssen des übertragenen Wirkungskreises. Die Grundlage der im Raume gestellten Zahlen seien zudem noch die Zahlen aus den Jahren 96/97, die zwischenzeitlich auch überholt wären.

**Herr Leeker** legt dar, daß, wenn diese Zahlen stimmen würden, es kaum noch möglich sei, jedes Schlagloch zu übersehen.

**Herr Janssen** möchte Aussagen zu der Gebührenkalkulation für das Abwasser auf Seite 74. Er fragt, ob hier evtl. Kosten falsch zugeordnet seien oder ob es andere Entlastungsmöglichkeiten gäbe?

**Herr Leeker** bemerkt hierzu, daß bei den Abwassergebühren Emden zur Spitzengruppe in Niedersachsen zähle. Eine Erhöhung sei kaum noch möglich. Der Bürger fühle sich inzwischen bedrängt.

**Herr Jahnke** möchte gerne wissen, wie die Gebühren errechnet wurden und ob die kalkulatorischen Zinsen mit 6 % angesetzt würden.

**Herr Hemken** antwortet, daß die kalkulatorischen Zinsen unter 6 % angesetzt werden.

**Herr Dr. Beisser** fragt nach dem Multiplikator für das Abwasser der Gemeinde Hinte mit 38 % (Seite 75).

**Herr Hemken** erklärt den Multiplikator damit, daß die Gemeinde Hinte nur teilweise an den Abwasseranlagen der Stadt beteiligt ist.

**Herr Janssen** erkundigt sich, ob die Kläranlage nicht evtl. überdimensioniert sei, oder ob hierfür nicht ein Abschlag von rd. 30 % vorzusehen sei.

**Herr Hemken** stellt heraus, daß gerade diese Gebühren schon mehrfach überprüft wurden.

**Herr Leeker** wünscht sich Vergleichszahlen anderer vergleichbarer Städte.

**Herr Hemken** sagt dies zu und begründet die hohen Emden Gebühren mit den großen Investitionen.

**Herr Jahnke** wirft ein, daß er bereits vor ca. 3 Monaten Vergleichszahlen bei der Verwaltung angefordert habe.

**Herr Hemken** sagt genaue Zahlen zu, ergänzt noch, daß die kalkulatorischen Kosten den überwiegenden Teil ausmachen.

**Herr Mansholt** führt aus, daß der Bau von Kanalleitungen in Emden wegen der schlechten Bodenverhältnisse besonders teuer sei, da die Leitungstrasse gerammt werden müsse. Bei Leckagen der Leitungen würde in Emden, im Gegensatz zu anderen Gegenden, Grundwasser zufließen.

**Herr Janssen** spricht die Unterdeckung beim Bauschuttrecycling an.

**Herr Leeker** bemerkt dazu, daß dieser Vertrag ein Fiasko sei.

**Herr Dr. Kleinschmidt** fragt nach den Beteiligungsberichten (Seite 79 - 80).

**Herr Mansholt** berichtet, daß das Prüfungsrecht der Kommunen eine Forderung aus der NGO sei. Die Verwaltung habe darauf zu dringen, daß die Verträge entsprechend anzupassen sind.

**Herr Steenhardt** sagt dies bei Änderungen der Verträge zu.

**Herr Leeker** bittet bezüglich der Hundesteuer die Verwaltung, wie bereits zuvor ausgeführt, um nähere Information.

Herr Leeker ist der Meinung, daß die auf Seite 90 angesprochenen Chefarztverträge im HSK nach dem Muster der Krankenhausgesellschaft gestaltet wurden.

**Herr Mansholt** bestätigt dies, er führt aus, daß die Verträge jedoch sehr unterschiedlich alt seien, daher werde eine Vereinheitlichung angestrebt.

**Herr Dr. Kleinschmidt** weist darauf hin, daß bestehende Verträge einzuhalten sind.

**Herr Leeker** bedankt sich dann im Namen seiner Fraktion. Es sei klar, daß sich die Verwaltung oft gegen das RPA wehre. Der Rat könne jedoch immer auf das Amt zurückgreifen.



Er bedankt sich auch für die von der Verwaltung geleistete Arbeit. Die Arbeit würde rechtlich einwandfrei erledigt, deshalb sei gegen die Entlastung keine Bedenken vorzubringen.

**Herr Hemken** erklärt für die Verwaltung, daß das RPA nicht lästig ist. Vielmehr sei es so, daß je besser das RPA umso besser sei die Verwaltung.

**Herr Janssen** und **Herr Züchner** schließen sich ihren Vorrednern an.

Beschluß: Dem Rat wird folgender Beschluß empfohlen:

Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß § 101 NGO die Jahresrechnung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 1997 und die Entlastung des Oberstadtdirektors für das Haushaltsjahr 1997.

Dieser Beschluß umfaßt auch den Jahresabschluß des Hans-Susemihl-Krankenhauses. Der Bilanzgewinn in Höhe von 34.895,37 DM wird vorgetragen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

Punkt 6: Anfragen

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.55 Uhr.